

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

Finanz- und
Wirtschaftsausschuss

Schkopau, den 31.05.2021

Sitzung am: 25.05.2021
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 19:56 Uhr
Ort, Raum: 06258 Schkopau, Hallesche Straße 2 d, Turnhalle

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4. Einwohnerfragestunde
- TOP 5. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 11. Sitzung vom 26.01.2021 (öffentlicher Teil)
- TOP 6. Stand der Haushaltsrealisierung 2021
- TOP 7. Stand der Haushaltsplanung 2022
- TOP 8. Haushaltsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2020
- TOP 9. Stand der offenen Jahresrechnungen
- TOP 10. Finanzierungsmöglichkeiten für den neuen gemeindlichen Kindergarten
- TOP 11. Erhebung noch ausstehender Straßenausbaubeiträge
- TOP 12. Anfragen und Anregungen
- TOP 13. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Sachse eröffnet um 18:33 Uhr die Sitzung.

TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Von 7 Ausschussmitgliedern sind 5 anwesend. Davon wird Herr Gasch von Frau Schaaf vertreten. Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4. Einwohnerfragestunde

Die um 18:34 Uhr eröffnete Einwohnerfragestunde entfällt. Einwohner sind nicht anwesend.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

TOP 5. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 11. Sitzung vom 26.01.2021 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift wird mit einer Enthaltung beschlossen.

TOP 6. Stand der Haushaltsrealisierung 2021

Herr Rattunde erscheint um 18:38 Uhr zur Sitzung. Es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Frau Senf führt aus, dass der am 02.03.2021 vom Gemeinderat beschlossene HH-Plan 2021 am 01.04.2021 seine Rechtskraft erlangt hat. Er weist einen Fehlbetrag von $\approx 3,6$ Mio. € auf. Anhand der zugesandten Unterlagen berichtet Frau Senf kurz über den Stand der HH-Realisierung in Bezug auf Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit, über den Stand der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie das Steueraufkommen.

Herr Ringling berichtet zur HH-Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde, dass die Gemeinde angehalten ist, bei Aufwendungen alle Einsparmöglichkeiten zu nutzen und bei Einnahmen alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Herr Wanzek fragt explizit nach, ob es Auflagen von der Kommunalaufsicht gibt.

Herr Ringling meint, dass diese in erster Linie den Stellenplan, insbesondere die Besetzung neuer Stellen nach Vorlage der diesbezüglichen Stellenbeschreibungen und -bewertungen, Dienstpostenbewertungen sowie Nachweise der Notwendigkeit betreffen.

Herr Teske hat vernommen, dass die Ausschöpfungen der HH-Ansätze zwischen 0 und 60 % liegen und stellt an Frau Senf die Frage, ob sie einschätzen kann, ob sich Probleme andeuten bei der Erfüllung und wenn ja, wie man dem entgegensteuern kann.

Frau Senf erläutert, dass es eine Position gibt – den Bereich des Winterdienstes. Dort sind erhebliche Mehrkosten entstanden, die nicht gedeckt werden können und noch einer Klärung bedürfen. Die Höhe würde sie nachreichen.

Herr Borries fragt, ob angesichts des Schreibens der Kommunalaufsicht über eine HH-Sperre nachgedacht wurde.

Herr Ringling entgegnet, dass er der Meinung sei, im Moment ohne dieses Instrument auszukommen.

TOP 7. Stand der Haushaltsplanung 2022

Frau Senf erläutert den Zeitplan anhand der Terminaufstellung des HH-Planes 2022. Gestartet ist man am 04.05.2021 mit der Anforderung der Mittelanmeldung an die Fachämter. Am 14.09.2021 ist geplant, den Entwurf in den Gemeinderat einzubringen. Dafür wird im September der geplante Sitzungstermin des Sozialausschusses mit dem Finanzausschuss getauscht. Ebenfalls verschoben wird Sitzung des Finanzausschusses vom 30.11.2021 auf den 07.12.21 (Klausurtagung).

Die Diskussion soll am 22.11.2021 abgeschlossen sein, um weiterführende Arbeiten (Erstellung der Änderungslisten zur Klausur, Digitalisierung usw.) durchführen zu können. Vorgesehen ist, die HH-Satzung am 11.01.2022 durch den Gemeinderat zu beschließen und zur Genehmigung einzureichen.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

Frau Senf erläutert einige Eckdaten, da die mittelfristige Planung Fehlbeträge ausweist. Ziel muss es sein, diese Fehlbeträge extrem zu minimieren.

Frau Blechschmidt stellt fest, dass bis 18.06.2021 Grundsatzentscheidungen zur Gewährleistung des HH-Ausgleiches erarbeitet werden sollen. Sie fragt, welche Grundsatzentscheidungen getroffen werden sollen. Sie ist weiterhin der Meinung, dass die Verwaltung diese Grundsatzentscheidungen bereits mit der Mittelanmeldung verschickt haben sollte.

Herr Ringling äußert, dass man in dieser Phase noch nicht so weit sei. Man sei auf die politischen Entscheidungsträger angewiesen – die Mehrheit muss die Entscheidung mittragen.

Herr Borries fragt, ob es für die Mittelanmeldungen Budgetvorgaben gibt.

Frau Senf verneint. Es soll sich am Vorjahr orientiert und die Anforderung begründet werden. An Investitionen darf es nicht mehr werden.

Frau Schaaf möchte wissen, ob bei den Mittelanforderungen an die Fachämter auch die Ortschaften befragt werden.

Herr Ringling äußert, dass man im Vorfeld besprochen habe, aufgrund der Situation darauf zu verzichten. In der letzten Fraktionsvorsitzendenrunde wurde besprochen, die Diskussion in den Ortschaften durchaus zuzulassen. Der Spielraum ist jedoch sehr klein.

Herr Rattunde fragt, ob der Fehlbetrag von 3,6 Mio. € verringert werden kann, wenn man von einem Niveau von 2020 ausgeht.

Frau Senf geht davon aus, dass sukzessive die Summe in mehreren Jahresscheiben abgearbeitet werden muss.

Herr Wanzek äußert heute zum wiederholten Male, dass Satzungen angepasst werden müssen und fragt, welche Satzungen die Verwaltung gedenkt anzupassen und wann bzw. ob es einen Plan gibt.

Herr Ringling meint, dass dies im Wesentlichen 2 Ausschüsse betrifft, die einen Großteil der Satzungen thematisieren können – den Sozial- und den Ordnungsausschuss. Man muss abwägen, ob bestimmte freiwillige Leistungen ganz eingespart werden bzw. auf welchen Gebieten Einsparmaßnahmen getroffen werden sollen.

Herr Sachse meint, dass wir nicht anfangen sollten, an unseren eigenen Immobilien zu sparen. Man sollte sich von vorn herein zusammensetzen und sagen: Was wollen wir, was brauchen wir und was können wir.

TOP 8. Haushaltsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2020

Frau Senf führt aus, dass das vorläufige Jahresergebnis 2020 ein Guthaben von rund 2 Mio. € aufweist. Jedoch fehlen noch die nicht unerheblichen Abschreibungen. Es wird letztendlich kein positives Jahresergebnis werden. Im Weiteren macht Frau Senf Ausführungen, welche Summen in den einzelnen Ämtern nicht ausgegeben werden konnten. Insgesamt wurden 114 Maßnahmen in das HH-Jahr 2021 übernommen – so viele, wie seit Jahren nicht. Die Fachämter haben ihre Begründungen dazu geliefert. Eine Auflistung der einzelnen Maßnahmen ist als Sitzungsunterlage beigelegt.

Herr Sachse ist der Meinung, dass die Ersatzbeschaffung von IT-Technik nichts mit der Pandemie zu tun habe. Auch die Nichtanschaffungen kleiner Posten unter 1.000 € sind nicht

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

nachvollziehbar. Zu den geplanten Preisen werden man es in diesem Jahr nicht mehr erhalten – es gibt überall erhebliche Kostenerhöhungen.

Frau Senf informiert, dass das Hauptamt dies mit einem immensen Arbeitsaufwand begründet hat.

Herr Borries fragt, warum einzelne Posten mit Euro und Cent ausgewiesen sind.

Frau Senf informiert, dass auf manchen HH-Stellen bereits Anordnungen gelaufen sind, daher die krummen Beträge.

Herr Sachse stellt an Herrn Ringling die Frage, wie es jetzt weitergeht.

Dieser antwortet, dass die Liste jetzt abgearbeitet wird. Es sind dabei auch Verpflichtungen zu erfüllen.

Herr Weiß meint, dass eine Aktion gestoppt wird, sollte etwas teurer werden.

Herr Rattunde fragt, ob es auch eine Neubewertung der Dringlichkeit von Maßnahmen gibt oder ob man diese zur Disposition stellen kann.

Frau Senf antwortet, dass es hier nur um Investitionstätigkeiten geht. Wir schieben eine Lawine vor uns her – im neuen Plan können wir nicht mehr investieren.

Herr Weiß äußert, dass im letzten Jahr nur geplant war, was unbedingt nötig ist. Die HH-Reste sind das, was schon angearbeitet wurde.

Frau Blechschmidt möchte wissen, ob die Übertragung der je 165 € für die Feuerwehren sein muss.

Herr Ringling antwortet, dass dies IT-Technik ist und sein muss.

Frau Senf äußert, dass die Ämter die Übertragung anmelden. Die Frage ist, ob das haushaltsrechtlich gerechtfertigt ist. Letztendlich entscheidet der Bürgermeister darüber.

Herr Ringling meint, dass in die Betrachtungen auch einfließt, dass bestimmte Dinge befristet sind.

TOP 9. Stand der offenen Jahresrechnungen

Frau Senf führt aus:

In diesem Jahr müssen 8 Jahresabschlüsse eingereicht werden. Das RPA hat schon in Aussicht gestellt, selbst dieses Jahr nicht alles hinsichtlich der Prüfung zu schaffen. Weiterhin fordert das RPA von den Kommunen einen Umsetzungsplan. Die nächsten Schritte stellt sich Frau Senf folgendermaßen vor:

1. Einreichung Entwurf Umsetzungsplan an das RPA
2. RPA gibt Hilfestellung dazu und sein Okay
3. Empfehlung vom Finanzausschuss zu dessen Umsetzung
4. Mit dieser Empfehlung in den Gemeinderat zur Beschlussfassung
5. Das RPA prüft die Jahresabschlüsse im 2er Block (2 Jahre).

Herzstück ist die Anlagenbuchhaltung – von Abschreibungen bis Ergebnisrechnung. Die Kämmerei hat einige Fehlbuchungen gemacht, das muss korrigiert bzw. neu gemacht werden. Der Bereich Anlagenbuchhaltung ist jedoch nur mit einer Person ausgestattet, die auch noch laufende Dinge abdeckt. Schwerpunkte sind u.a.:

- Aktualisierung Verbände zur Straßenentwässerung – Verbände müssen angeschrieben werden, damit diese Zahlen an die Gemeinde zuzuarbeiten;

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

- Fa. KSL – wurde um Unterstützung gebeten, noch nicht abgeschlossen, Fa. kann nicht vollumfänglich tätig sein, Hauptarbeit muss von Kämmerei kommen.

Vergangenen Donnerstag waren die Arbeiten zum Jahresabschluss 2013 fertig, dieser muss noch zusammengestellt werden. Verzeichnet ist ein positives Jahresergebnis von 5 Mio. €. Abschreibungen waren geplant mit 900 T€, tatsächlich sind es 1,7 Mio. €.

Sollte es nicht geschafft werden, die 8 Jahresabschlüsse bis zum Stichtag einzureichen, kann es sein, dass die Gemeinde im nächsten Jahr keinen bestätigten Haushaltsplan hat.

TOP 10. Finanzierungsmöglichkeiten für den neuen gemeindlichen Kindergarten

Frau Senf hat je 2 Varianten (Teilfinanzierung, Vollfinanzierung) für 2 Standorte (Lochau hinter alter Kita bzw. Lochau am NP-Markt auf Gemarkung Döllnitz) nach Angaben des Bauamtes durchgerechnet und die Belastungen für den Ergebnishaushalt inkl. AfA, Kreditzinsen, Verwahrentgelt sowie für den Finanzhaushalt (Tilgung) für die nächsten 10 Jahre dargestellt.

Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass eine komplette eigene Finanzierung nicht möglich ist. Sie rät zu einer Teilfinanzierung der Einrichtung. Bei einer Selbstfinanzierung muss die Gemeinde unter Umständen auf andere Investitionen verzichten, da man auch nicht wisse, was die Gemeinde an Gewerbesteuererinnahmen zu erwarten hat.

Herr Wanzek mahnt an, nach Förderprogrammen zu schauen.

Frau Schaaf meint, die Finanzierungsmöglichkeit sollte man aufgrund der niedrigen Zinsbelastung nutzen. Wichtig ist auch, Fördermittel zu akquirieren.

TOP 11. Erhebung noch ausstehender Straßenausbaubeiträge **Vorlage: III/195/2021**

Herr Weiß führt aus:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 15. Dezember 2020 das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Darin wurde der § 18a in das Kommunalabgabengesetz (KAG) eingefügt, welcher als Übergangsvorschrift zum *Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge* Regelungen enthält.

Unter anderem ist geregelt, dass die geltende Fassung des KAG bis zum 31.12.2019 ihre Gültigkeit behält. Bis zu diesem Stichtag können die Gemeinden noch Beiträge erheben.

Des Weiteren ist geregelt, dass das Land Sachsen-Anhalt auf Antrag Beiträge erstattet, welche infolge des Gesetzes nicht mehr erhoben werden dürfen. Demnach sind dies nur Beiträge, deren Beitragspflicht nach dem 31.12. 2019 entstanden sind.

Unabhängig davon wurde am 27.09.2019 der § 6 KAG dahingehend geändert, dass die Gemeinden entscheiden können, ob sie Beiträge erheben oder nicht.

Diese Summe wird vom Land Sachsen-Anhalt nicht erstattet, wenn die Gemeinde Schkopau auf eine Beitragserhebung verzichtet.

Da es für die betroffenen Grundstückseigentümer schwer nachvollziehbar sein wird, dass trotz des Gesetzes zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen diese in der Gemeinde Schkopau noch erhoben werden, wird mit erhöhtem Widerspruchsaufkommen gerechnet.

Für die Gemeinde Schkopau würde die Wahlmöglichkeit auf folgende Maßnahmen zutreffen:

Wallendorf – Erneuerung der Straßenbeleuchtung	8781,73 Euro
Dörstewitz – Erneuerung Straßenbeleuchtung	12.333,29 Euro

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 25.05.2021

Schkopau – Gehweg Leverkusenstraße

24.221,45 Euro

Summe:

45.336,47 Euro

Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass sich der Gemeinderat eindeutig dazu positioniert, dass auf Beiträge, deren Beitragspflicht bis zum 31.12.2019 entstand, nicht verzichtet werden soll.

Da die Vorlage dem Ausschuss weder digital noch schriftlich zur Verfügung gestellt wurde, kann keine Beschlussempfehlung gegeben werden.

Herr Weiß möchte trotzdem wissen, ob er in den Gemeinderat diese Vorlage einbringen kann und wie sich der Ausschuss positioniert. Die Bescheide für die Straßenausbaubeiträge müssten bis Ende des Jahres versandt werden.

Herr Sachse fragt das Gremium ab, ob der Empfehlung des Bauamtes

dass auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträge in der Gemeinde Schkopau, deren Beitragspflicht bis spätestens 31.12.2019 entstanden ist, auf Grundlage der Straßenausbaubeitragsatzung der Gemeinde Schkopau nicht verzichtet wird

gefolgt werden kann, um sie im Gemeinderat zu beraten und einen Beschluss zu fassen.


Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus.

TOP 12. Anfragen und Anregungen

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 06.07.2021 statt.

TOP 13. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Sachse schließt um 20:00 Uhr den öffentlichen Teil.


Günter Sachse
Vorsitzender


Martina Thomas
Protokollführerin